

Nationalrat
Conseil national
Consiglio nazionale
Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung
Complément à l'ordre du jour
Complemento all'ordine del giorno

Sommersession 2025
Session d'été 2025
Sessione estiva 2025

Stand / état / stato: 13.06.2025

Fragestunde vom 16.06.2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)
Heure des questions du 16.06.2025 (Art. 31 du Règlement du Conseil national)
Ora delle domande 16.06.2025 (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.7465	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Ausländische Einflussnahme und Desinformation als grösste Bedrohung demokratischer Wahlen	Ausländische Einflussnahme ist die grösste Bedrohung demokratischer Wahlen, so die Studie der Denkfabrik Idea. Über 16.500 aufgedeckte Fälle ausländischer Desinformation zählte Europa im 2024. 1. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass ausländische Desinformationskampagnen eine Gefahr für die Schweizer Demokratie sind? 2. Falls ja, sollte die Vergabe des Schweizer Bürgerrechts an Personen aus Staaten, die in Verdacht stehen, Desinformationskampagnen zu verbreiten, restriktiver gehandhabt werden?
25.7473	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggini. Kampfflugzeuge F-35A und Lärmbelästigung	Die Kampfflugzeuge F-35A sollen auf den Militärflugplätzen Payerne, Meiringen und Emmen eingesetzt werden. Das sorgt bei den betroffenen Gemeinden für grosse Besorgnis. Die Objektblätter dieser drei Flugplätze des Sachplans Militär müssen angepasst und die Lärmbelastungskataster sowie die Betriebsreglemente überarbeitet werden. Für wann ist die öffentliche Mitwirkung geplant?

25.7475	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. 71 Leopard-1-Panzer werden verkauft – Gibt es eine Möglichkeit zum Ringtausch?	Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort auf meine Frage 25.7419, dass mit den Leopard-1-Panzern kein Ringtausch stattfinden wird, da sich die Käuferin verpflichtet hat, die Panzer und ihre Bestandteile nicht an die Ukraine weiterzugeben. Bedeutet dies, dass ein Ringtausch grundsätzlich ausgeschlossen ist, oder wäre ein solcher denkbar – etwa durch den Verkauf der modernisierten Schweizer Panzer an Griechenland, das im Gegenzug ältere Panzer an die Ukraine liefern könnte?
25.7481	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie hoch waren die Gesamtkosten der Umfrage zu nonbinären Personen in der Armee?	Auf meine Frage 25.7332 antwortete der Bundesrat, dass für die Umfrage zu nonbinären Personen in der Armee keine Zusatzkosten entstanden seien. Die Frage drehte sich aber nicht um Zusatzkosten. Wie viel hat diese Umfrage im Endeffekt (Personalkosten, Vorbereitungszeit etc.) gekostet?
25.7482	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie werden Panzerbesatzungen vor Kohlenstoffdioxid geschützt?	Auf meine Frage 25.7333 antwortet der Bundesrat, dass ABC-Filter in Panzern nicht gegen Kohlenstoffdioxid schützen. Wie werden Panzerbesatzungen gegen Kohlenstoffdioxid durch Brände – welche auch auf Schlachtfeldern auftreten – und andere giftige Dämpfe welche keine C-Kampfstoffe darstellen, geschützt?
25.7496	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Sind die Sorgen der OG Panzer berechtigt?	Die Offiziersgesellschaft der Panzertruppen fordert in einem Positionspapier die Erhöhung des Sollbestandes sowie die Vollausrüstung der Armee. In mehreren europäischen Ländern, darunter Polen und Deutschland, gibt es ähnliche Bestrebungen zur Aufstockung ihrer Streitkräfte. - Sieht der Bundesrat die Forderungen der OG Panzer – unabhängig von finanziellen Aspekten – als gerechtfertigt an? - Falls nicht: welche sicherheitspolitischen Erwägungen sprechen gegen die Umsetzung der Forderungen?
25.7497	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Transparenz zu gewalttätigem Extremismus	Die Lageberichte des NDB (Sicherheit Schweiz) enthielten im Kapitel "Gewalttätiger Extremismus" bislang stets eine Grafik, in der gewaltextremistisch motivierte Ereignisse dargestellt wurden (jeweils für 7 Vorjahre). So wies der Lagebericht 2023 total 220 linksextremistische und 36 rechtsextremistische Vorfälle aus (für 2022). Im Lagebericht 2024 sucht man die entsprechende Grafik vergebens. - Was ist der Grund? - Wird die fehlende Transparenz wieder hergestellt? - Wie hoch sind die neuesten Zahlen?
25.7519	DE FR IT	Fra. Molina. Kosten des F-35: Nachfrage zu Frage 25.7319	In seiner Antwort auf die Frage 25.7319 beantwortete der Bundesrat die Teilfrage nicht, ob sich Zusatzkosten für den Kauf des F-35 durch die Schweiz abzeichnen. Ich stelle deshalb erneut die Frage: Zeichnen sich Zusatzkosten ab?

25.7523	DE FR IT	Fra. Badertscher. Koordination und Einbindung föderaler Ebenen bei Transnatio- naler Repression	Welche konkreten Schritte plant der Bundesrat, über die im Bericht zur Beantwortung des Postulats 20.4333 erwähnte Prüfung hinaus, um die Sensibili- sierung und Schulung von Behörden auf Kantons- und Gemeindeebene im Umgang mit Transnationaler Repression systematisch umzusetzen – und wie wird dabei eine frühzeitige und strukturierte Einbindung dieser föderalen Ebenen gewährleistet?
25.7541	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Drohntechnologien entwickeln sich rasant – kann die Schweiz den Anschluss halten?	Der Ukraine-Konflikt zeigt: Handelsübliche FPV- Drohnen (bekannt aus der Freizeit) sind zu einer entscheidenden Waffe der modernen Kriegsführung geworden. - Welche konkreten Massnahmen plant der Bundesrat, um die Schweiz wirksam gegen diese Bedrohung zu schützen? - Wie stellt er sicher, dass Schutzsysteme in der Schweiz rasch entwickelt und beschafft werden können? - Werden innovative Startups und mittelständische Unternehmen gezielt in diesen Entwicklungsprozess eingebunden? Falls ja, wie?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.7452	DE FR IT	Fra. Chollet. Importiert die Schweiz schon GVO aus neuen gentechnischen Verfahren?	Die Methoden zum Nachweis von GVO, die mit neuen gentechnischen Verfahren hergestellt wurden, sind noch nicht perfekt und auch nicht geregelt. 1. Importiert die Schweiz schon landwirtschaftliche Erzeugnisse aus neuen gentechnischen Verfahren? 2. Für wie viele wurde eine Bewilligung nach der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (oder der Verordnung des EDI über gentechnisch veränderte Lebensmittel) erteilt? 3. Importiert die Schweiz gentechnisch verändertes Futter, das mit neuen gentechnischen Verfahren hergestellt wurde? Welche Kontrollen werden durchgeführt um sicherzustellen, dass die Vorschriften eingehalten werden?
25.7468	DE FR IT	Fra. Feller. Faktencheck. Hatte die 2012 vom Bundesrat unterbreitete Revision des Kartellgesetzes zum Ziel, das Kartellrecht zu stärken oder zu schwächen?	Im Jahr 2012 legte der Bundesrat einen Entwurf für die Revision des Kartellgesetzes (KG) vor. Die Revision kam nicht zustande, da der Nationalrat zweimal nicht auf den Entwurf eingetreten ist. Gemäss dem Bundesrat zielte der Entwurf auf eine «Verschärfung» des KG ab. Gemäss der Präsidentin der Wettbewerbskommission, die am 7. Oktober 2024 von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates angehört wurde, stellte der Entwurf den Versuch einer Schwächung des KG dar (Seite 2 der Präsentation, die auf www.parlament.ch unter 23.047 veröffentlicht ist). Was stimmt?

25.7499	DE FR IT	Fra. Baumann. Rückgang bei der Weidehaltung von Milchkühen	Experten der HAFL warnen vor einem Rückgang der Weidehaltung von Milchkühen. Diese Entwicklung ist nicht nur schlecht für das Tierwohl, die Weidehaltung bietet auch einen Mehrwert für Klimaschutz, Biodiversität und Humusaufbau. Sie entspricht überdies den Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten, fördert das Image der Milchproduktion und ist wichtig für den Tourismus. Mit einer Umwidmung bei den Tierwohlbeiträgen könnte dieser Trend korrigiert werden. Wann reagiert der Bundesrat?
25.7505	DE FR IT	Fra. Roduit. Unterstützung der Schweizer Weinproduktion	Gemäss der weinwirtschaftlichen Statistik 2024 war der Marktanteil von Schweizer Weinen trotz verstärkter Werbemassnahmen rückläufig. Die Werbemassnahmen reichen folglich nicht aus; es braucht weitere Massnahmen. Da die Konkurrenz durch importierte Billigweine besonders stark ist, wäre die Leistung zugunsten der inländischen Produktion, wie man sie von anderen Produktionen kennt, für die Zuteilung eines Teils der Importkontingente für Wein denkbar?
25.7554	DE FR IT	Fra. Walder. Enthält das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Malaysia UPOV- und TRIPS+-Klauseln, die das Recht der malaysischen Bevölkerung auf Nahrung und Gesundheit bedrohen?	Das Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der EFTA und Malaysia soll Bestimmungen zum geistigen Eigentum enthalten, die die Menschenrechte auf Nahrung und Gesundheit gefährden. Konkret geht es dabei um die Pflicht zur Einhaltung der 1991 aktualisierten Akte des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV 91) sowie um sogenannte TRIPS+-Bestimmungen. Die malaysische Zivilbevölkerung lehnt diese Bestimmungen ab. - Wird der Bundesrat in diesem FHA auf die UPOV-Klausel und die TRIPS+-Bestimmungen verzichten? - Falls nein, warum wurden diese Klauseln nicht in die FHA mit Indien und Thailand aufgenommen? - Was hat Malaysia im Gegenzug dafür erhalten?

Finanzdepartement

25.7459	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Mit dem Entlastungsprogramm EP 27 die Rückvergütung der CO2-Lenkungsabgabe an Bevölkerung und Wirtschaft stützen?	Mit dem EP27 will der Bundesrat die Teilzweckbindung der Lenkungsabgabe von einem Drittel auf 41 Prozent erhöhen. Damit steigt die finanzielle Belastung für Unternehmen und private Haushalte, weil sie weniger CO2-Abgabe zurückerhalten als heute. Das Bundesamt für Justiz (BJ) ist gemäss dem Bericht zum EP 27 (S. 92) der Meinung, dass eine solche Erhöhung nicht zulässig sei. Weshalb möchte der Bundesrat mit dem EP27 die klare Position des BJ übergehen?
---------	--	---	---

25.7487	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Diskriminierende Fahrzeugversicherungsprämien - wie wird die Einhaltung der Prüfkriterien überprüft, wie fundiert ist die Datenlage?	Auf meine Interpellation 25.3328 antwortet der Bundesrat bzgl. Prüfkriterien, dass über das Tarifierungskriterium der Staatsangehörigkeit Statistik zu führen ist und Gruppenbildungen und Tarife regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen sind. - Wie oft bedeutet "regelmässig" ? BPV und die heutige FINMA haben verschiedentlich Einzelfälle geprüft. - Wie, wer und was wurde geprüft, in welchen Abständen? - Wann fand die letzte Prüfung statt? Wie berichtet die FINMA an den Bundesrat?
25.7500	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Zollwissen im BAZG: Konkrete Massnahmen und Zeitplan gefordert	- Welche konkreten Massnahmen ergreift der Bundesrat bis wann, um das zolltechnische Wissen im BAZG wiederaufzubauen und nachhaltig zu sichern? - Wann liegen erste Resultate der eingesetzten Arbeitsgruppe vor, und wie wird sichergestellt, dass die Zollabfertigung wieder kompetent und praxisnah erfolgt – zum Nutzen der Wirtschaft und des Transportgewerbes?
25.7520	DE FR IT	Fra. Molina. Völkerrechtsverletzungen durch Israel: Investitionen und Anleihen der SNB	Die Neutralität verbietet der Schweiz die militärische Unterstützung einer kriegsführenden Partei. Diese Verpflichtung gilt auch für die Schweizerische Nationalbank (SNB). Hält die SNB Anleihen Israels oder israelischer Rüstungsunternehmen oder hat sie anderweitig im militärisch-industriellen Komplex Israels investiert?
25.7527	DE FR IT	Fra. Stadler. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass alle Kantone bei der allfälligen Einführung der Individualbesteuerung ihre IT-Systeme rechtzeitig und harmonisiert umstellen?	Bei einer allfälligen Einführung der Individualbesteuerung müssten die IT-Systeme der Kantone harmonisiert werden. Es stellt sich die Frage, wie der Bundesrat die Harmonisierung bei einer allfälligen Einführung der Individualbesteuerung rechtzeitig sicherstellt.
25.7510	DE FR IT	Fra. Bregy. Individualbesteuerung	Die Besteuerung von Konkubinatspaaren ist heute besonders komplex, insbesondere bei selbständiger Erwerbstätigkeit. Warum sollten die 1,7 Millionen neuen Veranlagungen, die durch die Individualbesteuerung entstehen, nicht mit denselben Problemen konfrontiert sein?
25.7516	DE FR IT	Fra. Paganini. Widersprüchliche oder doppelte Deklarationen bei der Individualbesteuerung	Welche Massnahmen verhindern bei individuell besteuerten Ehepaaren widersprüchliche oder doppelte Deklarationen desselben Vermögenswerts (z. B. Hypotheken, Bankkonten), ohne die Veranlagungen voneinander abhängig zu machen?
25.7526	DE FR IT	Fra. Barandun. Besteuerung von Einzelunternehmen bei Individualbesteuerung	Ein Einzelunternehmen ist keine juristische Person und wird deshalb nicht als solche besteuert. Vielmehr werden die Gewinne und Verluste des Unternehmens direkt dem Inhaber bzw. der Inhaberin zugerechnet. Wie erfolgt die Zuweisung von Gewinnen oder Verlusten eines Einzelunternehmens bei der Individualbesteuerung, wenn beide Ehepartner faktisch daran beteiligt sind (Ehegattenmodell ohne Lohnzahlung)?

25.7543	DE FR IT	Fra. Rüegger. Individualbesteuerung - Was geschieht mit Verlustvorträgen?	Wie erfolgt die Behandlung bestehender Verlustvorträge aus der früheren gemeinsamen Veranlagung bei der Systemumstellung?
25.7544	DE FR IT	Fra. Rüegger. Individualbesteuerung – Nachsteuerverfahren für einen Ehepartner	Weicht die Steuerveranlagung eines Ehegatten von seiner Steuererklärung ab, kann dies eine Revision oder ein Nachsteuerverfahren für den anderen Ehegatten auslösen?
25.7546	DE FR IT	Fra. Rüegger. Individualbesteuerung – Mitwirkungszwang gegen Ehegatten	Besteht ein faktischer Mitwirkungszwang für den anderen Ehegatten, wenn für die korrekte Veranlagung bestimmter Positionen Informationen des anderen Ehegatten erforderlich sind?
25.7547	DE FR IT	Fra. Rüegger. Individualbesteuerung – Berechnung von Sozialhilfeleistungen	Welche konkreten Auswirkungen hat die Individualbesteuerung auf die Berechnung von Alimentenbevorschussung, Sozialhilfeleistungen oder Kostenbeiträgen in Pflegeheimen?
25.7548	DE FR IT	Fra. Rüegger. Individualbesteuerung - Einsicht in Eheverträge?	Benötigt die Steuerverwaltung künftig systematisch Einsicht in Eheverträge, um Eigentums- und Vermögensverhältnisse korrekt zuzuordnen?
25.7550	DE FR IT	Fra. Bürgin Yvonne. Auswirkungen der Individualbesteuerung bei der Nutzniessung	Nutzniessung ist das Recht, eine fremde Sache zu nutzen und Erträge wie Mieten zu behalten – bei Übernahme von Unterhalt, Zinsen und Steuern. - Wie werden Nutzniessungen an Vermögenswerten und die daraus erzielten Erträge innerhalb von Ehepaaren besteuert wenn die Individualbesteuerung eingeführt wird? - Besteht die Möglichkeit, dass Ehegatten dann ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steuerlich beliebig untereinander aufteilen, um die Gesamtsteuerbelastung zu minimieren?
25.7561	DE FR IT	Fra. Molina. Chinesische Mega-Botschaft in London: Risiken für den Schweizer Finanzplatz?	Im Vereinigten Königreich ist eine öffentliche Debatte um den Bau einer geplanten chinesischen Mega-Botschaft in unmittelbarer Nähe zur Londoner «Square Mile» entbrannt. Die USA äussern explizit Bedenken wegen der Furcht vor einem chinesischen Zugang zu sensiblen Finanzdaten. - Teilt der Bundesrat diese Bedenken? - Welche Auswirkungen für Schweizer Banken könnte dieser Bau haben? - Hat er diese Frage mit UK aufgenommen?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.7462	DE FR IT	Fra. Glarner. Myanmar: Bevölkerung hungert und leidet - Schweizer Botschaft(er) feiert LGBTQIA+. Wer gab den Auftrag?	In Myanmar herrscht ein brutaler Bürgerkrieg. Die Bevölkerung leidet an Hunger, Vertreibung und Massenverletzungen. Die Junta baut einen repressiven Überwachungsstaat auf. Opposition und Parlamentsparteien sind marginalisiert oder ausgeschlossen. Unser Botschafter feiert und unterstützt derweil - wohl aus persönlichen Gründen - offiziell ein LGBTQIA+ Fest ... - Wer gab den Auftrag hierzu? Was kostet dieser Anlass? - Ist es Aufgabe von CH-Botschaften, solch zweifelhafte Anlässe zu unterstützen?
---------	--	--	---

25.7477	DE FR IT	Fra. Dettling. Geld an Afghanistan muss gestrichen werden	Die Regierung von Afghanistan weigert sich Ihre Landsleute aus der Schweiz zurückzunehmen. Diese Praxis wendet auch die Regierung von Eritrea an. Mit dem Unterschied, dass die Gelder der DEZA an Eritrea in diesem Jahr auf weiteres gestrichen wurden. - Wird der Bundesrat auch die Gelder an Afghanistan streichen? - Falls nein warum nicht? - Mit wie viel Geld hat die Eidgenossenschaft im Jahr 2024 Afghanistan total unterstützt? - Bitte sämtliche Finanzhilfen einzeln aufführen.
25.7489	DE FR IT	Fra. Mahaim. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Cyberkriminalität	Im Dezember 2024 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Übereinkommen gegen Cyberkriminalität. Das Übereinkommen sollte im Jahr 2025 zur Unterzeichnung aufliegen und mit der Unterzeichnung durch den 40. Staat in Kraft treten. Beabsichtigt der Bundesrat, dem Parlament die Ratifikation des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Cyberkriminalität vorzulegen?
25.7502	DE FR IT	Fra. Walder. Hat der Bundesrat die israelische Botschafterin in Zusammenhang mit den wiederholten Kriegsverbrechen der israelischen Verteidigungsstreitkräfte in Gaza einbestellt?	In der Hoffnung, dass meine Fragen diese Woche beantwortet werden: – Hat der Bundesrat die israelische Botschafterin in Bern einbestellt, um ihr mitzuteilen, dass er die wiederholten und sehr schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts in Gaza und im Westjordanland verurteilt? – Hat er der israelischen Botschafterin seine Bestürzung darüber mitgeteilt, dass sich die Regierung Netanjahu gegen jede nachhaltige und ausgewogene Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt sperrt? – Hat er ausserdem seinen Botschafter in Tel Aviv zur Konsultation zurückgerufen?
25.7512	DE FR IT	Fra. Badertscher. Prekäre humanitäre Lage im Tschad - was tut die Schweiz?	Gemäss dem UNHCR leben mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge im Tschad, die meisten von ihnen sind Kriegsflüchtlinge aus dem Sudan. Die humanitäre Lage im Tschad ist prekär. Trotz des Engagements humanitärer Partner und lokaler Behörden ist die Nothilfe massiv unterfinanziert. Deshalb hat letzte Woche die UNHCR angesichts der sich zuspitzenden humanitären Notlage im Osten des Tschad Alarm geschlagen. In welcher Form und in welchem Umfang kann die Schweiz im Sudan und im Tschad Hilfe leisten?
25.7513	DE FR IT	Fra. Molina. Das internationale Genf ist in Gefahr: Was tut der Bundesrat zu seiner Rettung?	Das internationale Genf steht unter massivem Druck. Die enormen Budget-Kürzungen, insbesondere durch die USA, wirken sich negativ auf internationale Organisationen aus und es gibt Bestrebungen, Uno- und humanitäre Organisationen in Katar oder anderswo anzusiedeln. - Was unternimmt der Bundesrat zur Rettung des internationalen Genfs? - Teilt er die Ansicht, dass die Schweiz als Depositar der Genfer Konventionen ein Alleinstellungsmerkmal, aber auch eine besondere Verantwortung für diese hat?

25.7514	DE FR IT	Fra. Molina. Freedom Flotilla: Illegale Kaperung eines Schiffs mit humanitärer Hilfe durch Israel	Am 09.06.25 wurde das Hilfsschiff Madleen etwa 185 km vor Gaza von der israelischen Marine in internationalen Gewässern gestoppt und nach Ashdod entführt. - Wie beurteilt der Bundesrat diesen Verstoss gegen das internationale Seerecht und die humanitären Prinzipien? - Hat er bei Israel protestiert? - Was unternimmt er zur Durchsetzung des internationalen Seerechts?
25.7515	DE FR IT	Fra. Molina. EDA: Abgangsentschädigung für früheren Arbeitsbeginn?	Gemäss Medienberichten bezahlte FDP-Bundesrat Cassis einem EDA-Mitarbeiter 2021 70'000 Fr. Abgangsentschädigung, damit dieser vor Ablauf der Kündigungsfrist FDP-Generalsekretär werden konnte. - Ist dies korrekt? - Falls ja: Gestützt auf welche Rechtsgrundlage? - Weshalb vergoldete das EDA sein Entgegenkommen bei der kurzfristigen Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis zusätzlich mit einer fürstlichen Entschädigung?
25.7531	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viel Entwicklungshilfe zahlt die Schweiz wirklich?	Die Politik erwähnt immer nur das Geld, das der Bürger über Steuern für Entwicklungshilfe ausgibt. Aber die Schweizer spenden jedes Jahr einen viel höheren Betrag als Privatpersonen. - Wie hoch ist die Summe, die ohne staatliches Zutun ins Ausland fliesst? - Wie hoch ist der gesamte Betrag von Staat und Privat in Relation zum BIP? - Welches andere Land gibt prozentual bzw. in Relation zur Bevölkerungszahl mehr aus als die Schweizer?
25.7534	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Für Normalbürger verständliche Übersichtstabelle der bisherigen Zahlungen der Schweiz an die EU, ihre Mitgliedstaaten, Institutionen und Agenturen in den letzten 10 Jahren	Bis dato besteht (noch) keine transparente und für Normalbürger verständliche Übersichtstabelle des Bundesrates über die bisher geleisteten Zahlungen der Schweiz an die Europäische Union (EU) und ihre Ableger. Auf wie viel beliefen sich die in den letzten 10 Jahren an die EU, ihre Mitgliedstaaten, Institutionen und Agenturen (z.B. EBCG) geleisteten Zahlungen der Schweiz tabellarisch und detailliert in Schweizer Franken aufgelistet nach Jahren und Gattung (netto/brutto)?
25.7545	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Zahlungen der Schweiz an die EU im Jahre 2025	Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden durch einen komplexen, bilateralen Vertragsklüngel geregelt, der sich über Jahre entwickelt hat und verschiedene Bereiche abdeckt. Im Zuge der baldigen Offenlegung der "weiter entwickelten" und bis heute unter Verschluss gehaltenen geheimen EU-Zusatzverträge interessiert folgende Frage: Wie viel zahlt die Schweiz im Jahre 2025 an die EU aufgegliedert nach Vertrag und Abkommen?
25.7555	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. 15 Fragen zur Lage in Gaza, 15 identische Antworten!	Auf rund 15 verschiedene Fragen, die von mehreren Parlamentarierinnen und Parlamentariern gestellt wurden, antwortete das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten mit der gleichen Antwort. Gab es einen Computer-«Bug»?

25.7556	DE FR IT	Fra. Crottaz. 15 Fragen zur Lage in Gaza, 15 identische Antworten!	Auf rund 15 verschiedene Fragen, die von mehreren Parlamentarierinnen und Parlamentariern gestellt wurden, antwortete das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten mit der gleichen Antwort. Gab es einen Computer-«Bug»?
25.7557	DE FR IT	Fra. Walder. 15 Fragen zur Lage in Gaza, 15 identische Antworten!	Auf rund 15 verschiedene Fragen, die von mehreren Parlamentarierinnen und Parlamentariern gestellt wurden, antwortete das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten mit der gleichen Antwort. Gab es einen Computer-«Bug»?
25.7558	DE FR IT	Fra. Tschopp. 15 Fragen zur Lage in Gaza, 15 identische Antworten!	In der Woche vom 2. Juni 2025 wurden von mehreren Ratsmitgliedern etwa 15 verschiedene Fragen zu Gaza gestellt. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten beantwortete diese verschiedenen Fragen am 10. Juni 2025 alle haargenau gleich (siehe insbesondere die Antwort auf die Frauen 25.7383, 25.7324, 25.7326 und 25.7352). Handelte es sich um einen «Bug»?
25.7559	DE FR IT	Fra. Molina. 15 Fragen zur Lage in Gaza, 15 identische Antworten!	Auf rund 15 verschiedene Fragen, die von mehreren Parlamentarier/innen gestellt wurden, antwortete das EDA mit der gleichen Antwort. Gab es einen Computer-«Bug»?
25.7571	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. 15 Fragen zur Lage in Gaza, 15 identische Antworten!	Auf rund 15 verschiedene Fragen, die von mehreren Parlamentarier/innen gestellt wurden, antwortete das EDA mit der gleichen Antwort. Gab es einen Computer-«Bug»?
25.7563	DE FR IT	Fra. Stadler. Ist es nicht irritierend und falsch, wenn Thomas Greminger als Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik mit offiziellem Botschafter-Titel auftreten darf?	Nach Recherchen des ARD-Politmagazins "Kontraste" und der deutschen Wochenzeitung "die Zeit" nahm der Schweizer Diplomat Thomas Greminger an einem Geheimtreffen mit Putin Vertrauten teil. Der ehemalige OSZE-Generalsekretär leitet heute das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) und trägt in dieser Funktion einen vom Bundesrat verliehenen Botschaftertitel.
25.7564	DE FR IT	Fra. Romy. Schweizer Aussenpolitik	- Wie will der Bundesrat die Glaubwürdigkeit der Schweiz als neutrale Vermittlerin bewahren, wenn Ihre Aussenpolitik von vielen, insbesondere im globalen Süden zunehmend als unausgewogen wahrgenommen wird? - Was bedeutet es konkret, wenn die Schweiz das humanitäre Völkerrecht betont, aber keinerlei Konsequenzen folgen, wenn dieses verletzt wird?
25.7565	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Bezugnehmend auf Frage 25.7375 und Antwort Bundesrat: Zusätzliche Steuergeld-Millionen an die WHO rechtfertigen?	Der Bundesrat hat erklärt, dass die CHF 66 Mio. an die WHO nebst den Pflichtbeiträgen „keine zusätzlichen Mittel“ darstellten, sondern aus budgetierten DEZA-Beiträgen stammten und vertraglich vereinbart seien, wobei die WHO sich verpflichtet habe, über die Verwendung Ergebnis- und Finanzberichte vorzulegen. Welche Ergebnis- und Finanzberichte hat die WHO der Schweiz in den letzten 10 Jahren erstattet, wo sind diese einsehbar und wie viel wurde in dieser Zeit von der Schweiz an die WHO bezahlt?

25.7568	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Finanziert auch der Bundesrat NGOs, damit diese mit Steuergeldern z.B. Freihandelsabkommen untergraben?	Dokumente der EU belegen, dass die EU-Kommission millionenschwere Zahlungen an Umweltorganisationen leistet, damit diese Kampagnen gegen Freihandel führen. Die Kommission versucht also bewusst, die Legislative zu beeinflussen. Verschiedenste NGOs werden in der Schweiz jährlich mit einer dreistelligen Millionensumme durch den Bund gesponsert. Hat der Bundesrat diese NGOs auch schon benutzt, um - wie die EU-Kommission bei ihren «Partnern» - Einfluss auf Volk und/oder Parlament auszuüben?
---------	--	--	---

Bundeskanzlei

25.7501	DE FR IT	Fra. Kamerzin. Mindestens zwei Vorlagen bei eidgenössischen Abstimmungen?	Bei der letzten eidgenössischen Volksabstimmung (9. Februar 2025, Umweltverantwortungsinitiative) war die Stimmbeteiligung mit 38 Prozent sehr tief. Darüber hinaus verursachen Abstimmungen hohe Kosten für die Allgemeinheit. Sollten dem Volk an einem eidgenössischen Abstimmungstag nicht mindestens zwei Vorlagen unterbreitet werden, um der Stimmmabstinenz entgegenzuwirken und die Kosten für die Durchführung von Abstimmungen zu senken?
25.7524	DE FR IT	Fra. Töngi. Wie viele Studien gibt der Bund in Auftrag ohne sie zu publizieren?	Gemäss Recherchen der Republik hat das BFE eine Studie mit der Frage in Auftrag gegeben, wann es sich lohnt, von einem Benzin- auf ein Elektroauto umzusteigen. Die Studie kostete über 100'000 Franken. Die Studie wurde nie veröffentlicht. - Wie oft kommt es vor, dass in Auftrag gegebene Studien nicht publiziert werden? - Auf welcher Grundlage entscheidet der Bund über die Publikation von Studien? - Gibt es Qualitätskriterien oder politische Vorgaben?

Departement des Innern

25.7455	DE FR IT	Fra. Andrey. Organspenderegister auch ohne e-ID?	Für die Einführung des geplanten Organspenderegisters schreibt die Verwaltung, dass dieses mit der neuen e-ID zugänglich gemacht werden wird. Ist die Verwendung der neuen e-ID zwingend erforderlich, um anzugeben, ob man seine Organe und Gewebe nach seinem Tod spenden möchte oder nicht?
25.7460	DE FR IT	Fra. Lohr. Patientenversorgung unter neuem Ärztetarif	Der Ärztetarif Tarmed wird durch die beiden Tarife TARDOC und ambulante Pauschalen abgelöst. 1. Ist sichergestellt, dass die Patientinnen und Patienten keinen Leistungsabbau befürchten müssen, bedingt durch eine fehlende Abbildung in den Tarifstrukturen oder einer unzureichenden Vergütung von unbestrittenen Leistungen? 2. Ist der Bundesrat bereit, gegenüber der OAAT zu fordern und durchzusetzen, dass eine nahtlose Vergütung der Leistungen sichergestellt wird, sofern die WZW-Kriterien erfüllt sind?

25.7461	DE FR IT	Fra. Lohr. Missachtet der Bundesrat den Willen des Parlaments betreffend IV-Gutachten?	Der Ständerat überwies 25.3006 ohne Gegenstimme. Gemäss Votum von BR Baume-Schneider soll die gesetzliche Regelung nur für künftige EKQMB-Empfehlungen gelten. Das heisst: sie gilt nicht für Betroffene, deren Rechte bereits verletzt wurden. Das widerspricht klar dem politischen Willen des Parlaments (vgl. Berichterstattung in beiden Räten). Die Motion zielt nicht nur, aber auch auf PMEDA-Betroffene. Auch diese haben Anrecht auf ein faires IV-Verfahren. Zählt der Wille des Parlaments nicht?
25.7466	DE FR IT	Fra. Feller. Höhe des Betrags, den die Krankenversicherer im obligatorischen Bereich in den Jahren 2023 und 2024 auf den Finanzmärkten angelegt haben	Die Anlagen auf den Finanzmärkten (Obligationen, Aktien, Derivate, Immobilien usw.) der Krankenversicherer im obligatorischen Bereich beliefen sich im Jahr 2019 auf 17 Milliarden, 2020 auf 17,5 Milliarden, 2021 auf 18,1 Milliarden Franken und 2022 auf 15,7 Milliarden (22.3597; 23.7468). – Wie hoch ist der Betrag, den die Krankenversicherer per 31. Dezember 2023 und per 31. Dezember 2024 auf den Finanzmärkten angelegt haben? – Gibt es eine Schätzung bezüglich der Höhe des angelegten Betrags per 31. Mai 2025?
25.7476	DE FR IT	Fra. Chollet. Pestizidrückstände in Lebensmitteln: Die Bevölkerung muss informiert werden! (2)	Auf die Frage 23.7868 hat der Bundesrat geantwortet, dass das BLV seit 2020 ein Monitoring der Pflanzenschutzmittelrückstände in bestimmten Lebensmitteln durchführt. Die Resultate dieses Monitorings müssten jedes Jahr auf der Website des BLV veröffentlicht werden. – Warum sind die Berichte für die Jahre 2023 und 2024 nicht verfügbar und wann werden sie es sein? – Werden die Lebensmittel auch auf PFAS und TFA, Abbauprodukte bestimmter Pestizide, untersucht? Wenn nein, warum nicht?
25.7485	DE FR IT	Fra. Sollberger. Chance zur digitalen Therapie nicht verpassen	Die Therapie gewisser Krankheiten kann heute evidenzbasiert durch digitale Anwendungen (DTx) erfolgen. Gemäss BAG-Faktenblatt ist eine Vergütung über die MiGeL möglich. Dennoch ist bis heute keine einzige DTx in der Schweiz über die OKP erstattungsfähig – im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland oder Frankreich. – Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Schweiz den Anschluss an diese Technologie nicht verpasst? – Ab wann ist ein zügiger Aufnahmeprozess geplant?
25.7486	DE FR IT	Fra. Pahud. Wann wird der Bundesrat die Krankenkassenprämien senken, indem er die Motion 19.3955 umsetzt, die das elektronische Patientendossier obligatorisch machen will?	Die Motion 19.3955 «Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen» wurde im Jahr 2019 vom Nationalrat und im Jahr 2021 vom Ständerat angenommen. Für 2024 strebte das BAG die Eröffnung von knapp 800 000 neuen elektronischen Patientendossiers an. Tatsächlich wurden aber weniger als 35 000 eröffnet. Der Hauptgrund dafür ist, dass sich gewisse Ärztinnen und Ärzte sträuben, für ihre Patientinnen und Patienten ein elektronisches Patientendossier zu eröffnen. Dies hat Auswirkungen auf die Gesundheitskosten.

25.7492	DE FR IT	Fra. Maitre. Trinkgelder und Lohnbeiträge: Wie steht es darum?	Im Bundeshaus-Briefing vom 23. Mai berichtete der Journalist Dominik Feusi, das Bundesamt für Sozialversicherungen beabsichtige, im Zuge der AHV-Reform 2030 die Trinkgelder den Lohnabzügen zu unterstellen. Stimmt dies und wie lautet der Vorschlag des Bundesamts für Sozialversicherungen?
25.7493	DE FR IT	Fra. Maitre. Sozialversicherungsbeiträge auf Trinkgeldern: Praxisänderung?	Im Bundeshaus-Briefing vom 23. Mai berichtete der Journalist Dominik Feusi, das Bundesamt für Sozialversicherungen beabsichtige, im Zuge der AHV-Reform 2030 die Trinkgelder den Lohnabzügen zu unterstellen. 2018 (Po 18.3790) und im November 2024 (Mo 24.4202) vertrat der Bundesrat die Auffassung, es bestehe kein Bedarf für eine Anpassung der Regelungen in Bezug auf Trinkgelder. - Was hat sich seither geändert? - Liegen neue Erkenntnisse vor, die diese Meinungsänderung rechtfertigen?
25.7494	DE FR IT	Fra. Schlatter. Wo landen die 34 Tonnen PFAS-haltige Pestizide, die jährlich verkauft werden?	Der Bundesrat schreibt auf meine Ip. 25.3217, dass 2023 über 34 Tonnen PFAS-haltige Wirkstoffe in Produkten verkauft wurden. - Werden PFAS-haltige Pestizide auch ausserhalb der Landwirtschaft verwendet, und wenn ja, wieviel und wo? - Hat der Bundesrat einen Überblick darüber, wo die Pestizide ausgebracht werden? Falls ja, auf welcher Fläche werden regelmässig solche Produkte eingesetzt?
25.7504	DE FR IT	Fra. Balmer. Wie wird die Organisation ambulanter Arzttarife (OAAT) finanziert - funktioniert das so?	Die OAAT hat von den Leistungserbringern über 400 Revisionsanträge erhalten. Ausserdem hat sie von sich aus fünf Schwerpunktthemen definiert: - Hat die OAAT genügend Ressourcen, um die hohe Zahl von Anträgen und die eigenen Schwerpunktthemen sachgerecht und zeitnah zu bearbeiten? - Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, um die Ressourcen gegebenenfalls aufzustocken? - Erachtet der Bundesrat eine Drittmittelfinanzierung als denkbar, z.B. über Gelder von unabhängigen Stiftungen?
25.7506	DE FR IT	Fra. Bläsi. Off-Label-Behandlungen im Suchtbereich: Es besteht Handlungsbedarf!	– Ist dem Bundesrat bekannt, dass das Bundesrecht die kantonalen Behörden im Rahmen von Off-Label-Behandlungen von Entzugerscheinungen (Codein, Benzodiazepine, ...) daran hindert, ihre Reglementierungsaufgabe wahrzunehmen? – Ist er sich ausserdem bewusst, dass dieser Zustand den Schwarzmarkt stark nährt, und zwar unabhängig von den anfänglich guten Absichten der Therapeutinnen und Therapeuten?
25.7511	DE FR IT	Fra. Crottaz. Besorgniserregende Entwicklung bei codeinhaltigen Medikamen- ten. Welche Vorsichts- und Regulierungsmassnahmen sind vorgesehen?	Seit codeinhaltige Medikamente in die Abgabekategorie B eingeteilt sind, ist festzustellen, dass deutlich grössere Mengen auf Verschreibung an Personen abgegeben werden, die abhängig sind oder vorgeben, es zu sein; die Medikamente werden dann auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft. - Wie erklärt sich der Bundesrat diese Entwicklung? - Welche Massnahmen dagegen sind gestützt auf das Heilmittelgesetz und das Betäubungsmittelgesetz möglich? - Welche Massnahmen im Sinne von Artikel 27 der Betäubungsmittelsuchtverordnung hat das BAG bereits getroffen?

25.7530	DE FR IT	Fra. Trede. Was genau sind besonders besorgniserregende Stoffe und wie viele davon sind in der Schweiz zugelassen?	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 24.7915 , dass im Rahmen der Zulassung von Pestiziden besonders besorgniserregende Stoffe identifiziert werden, «die aufgrund ihrer intrinsischen Eigenschaften bestimmte gefährliche Kriterien erfüllen». - Welche gefährlichen Kriterien müssen erfüllt sein, damit ein Stoff als besonders besorgniserregend gilt? - Wie viele solche Stoffe sind heute zur Anwendung zugelassen? Wie heissen sie und welche gefährlichen Kriterien erfüllen sie?
25.7535	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Was weiss der Bundesrat über Berufskrankheiten in Zusammenhang mit Pestiziden bei selbstständigen Landwirtinnen und Landwirten?	In seiner Antwort auf die Frage 25.7068 hat der Bundesrat ausgeführt, dass durch Pestizide verursachte Berufskrankheiten im Rahmen des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt werden, für Selbstständigerwerbende jedoch nicht. Allerdings werden 85-90 Prozent der Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft eingesetzt, oft von Selbstständigerwerbenden. - Sind Schweizer Landwirtinnen und Landwirte Pflanzenschutzmitteln weniger ausgesetzt als Landwirtinnen und Landwirte in unseren Nachbarländern? - Gibt es eine Liste der Berufskrankheiten bei Selbstständigerwerbenden? - Wenn nein, wird diese Lücke geschlossen?
25.7551	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Gewährleistung eines Diskurses bei medizinischen Fragen	Der Bundesrat hat bei verschiedener Gelegenheit (beispielsweise auf die Frage 25.7411) geantwortet, dass die Schweiz im Falle einer Annahme der angepassten IGV ihre Souveränität behalten würde. Dies wirft zusätzliche Fragen auf: - Auf welchem formalen Weg kann die Schweiz, im Falle einer neuen Pandemie, die Ablehnung von Massnahmen der WHO (beispielsweise Impfstoffen, Kampf gegen Desinformation u.a.) erklären? - Hat die Schweiz in einem solchen Fall Sanktionen seitens der WHO zu befürchten?
25.7552	DE FR IT	Fra. Docourt. Wann gibt es einen obligatorischen Informationstag für junge Männer zur unbezahlten Arbeit?	Der Bundesrat gab Anfang 2025 bekannt, einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen einführen zu wollen, um sie zum Militärdienst zu motivieren. Bei Nichterscheinen werden Sanktionen ins Auge gefasst. Frauen wenden 62 Prozent ihrer Arbeitszeit für unbezahlte Arbeit auf, Männer 42 Prozent. Ist angesichts dieser Tatsache ein obligatorischer Informationstag für junge Männer zu diesem Thema vorgesehen, um ihren Anteil an unbezahlter Arbeit zu erhöhen?
25.7566	DE FR IT	Fra. Porchet. Keine HIV-Neuinfektionen bis 2030 – und das ohne finanzielle Mittel?	Im Februar dieses Jahres informierte das Bundesamt für Gesundheit über die Kürzungen oder Streichungen seiner Leistungen und Aufgaben als Folge der Budgetbeschlüsse des Bundesrats und der Parlamentsmehrheit. Gefährdet ist insbesondere die Umsetzung des nationalen Programms «Stopp HIV, Hepatitis-B-, Hepatitis-C-Virus und sexuell übertragene Infektionen». - Hält der Bundesrat unter diesen Umständen an seinem Ziel «keine HIV-Neuinfektionen bis 2030» fest? - Wenn ja, mit welchen Mitteln angesichts dieser Kürzungen oder Streichungen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.7456	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Vorbeifahren von Motorrädern an stehenden Kolonnen – Realität anerkennen, Recht anpassen?	Gem. Art. 47 Abs. 2 SVG müssen Motorradfahrer bei angehaltenem Verkehr ihren Platz in der Kolonne beibehalten. In der Praxis wird dieses Verbot jedoch häufig umgangen – insbesondere bei grosser Hitze – ohne dass zwingend eine konkrete Gefährdung entsteht. Unter bestimmten Umständen wird dieses Verhalten daher von der Polizei toleriert. Ist der Bundesrat angesichts der gelebten Realität und der damit verbundenen Sicherheitsaspekte bereit zu prüfen, ob eine Anpassung der Rechtslage angezeigt wäre?
25.7458	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Entlastungsprogramm EP 27 - CO2-Abgabe für die Dekarbonisierung von abgabebefreiten Unternehmen verwenden statt das Gebäudeprogramm weiterzuziehen?	Mit dem EP27 ist geplant, das Gebäudeprogramm runterzufahren und stattdessen zwei neue Förderprogramme via dem Klimaschutzgesetz (KIG) zu etablieren. - Werden damit die Fördermittel für neue Prozesse und Technologien vor allem Firmen nutzen, die selber gar keine CO2-Abgabe bezahlen? - Finanzieren somit die nicht abgabebefreiten Privathaushalte und KMUs den abgabebefreiten Firmen die Dekarbonisierung? Entspricht dies dem klimapolitischen Ziel?
25.7464	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Sicherheit der Fahrradfahrer erhöhen - Verkehrsfluss stärken: Velofahrverbot für alle Strassenabschnitte mit parallel verlaufenden Velowegen	Die Schweiz verfügt über ein dichtes Netz gut unterhaltener Velowege. Trotzdem sind viele Fahrräder auf parallel verlaufenden Hauptstrassen unterwegs, was zu gefährlichen Situationen gerade im Landwirtschafts- und Berufsverkehr führt und den Verkehrsfluss stört. Gemäss SVG (Art.2 Abs.1 Bst.a) ist der Bundesrat zuständig. Ist er bereit die entsprechenden Verordnungen so zu ändern, dass Strassenabschnitte, die über parallel verlaufende Velowege verfügen, für den Veloverkehr gesperrt werden?
25.7469	DE FR IT	Fra. Addor. Ist der Gesetzesartikel zur Störung des öffentlichen Verkehrs (Art. 237 Strafgesetzbuch) auch auf die pro-palästinensischen Demonstrationen anwendbar?	Viele Bahnreisende mussten sich am Montagabend, 9. Juni, und am Dienstag, 10. Juni 2025, mit Störungen im Bahnverkehr abfinden, da die Gleise in den Bahnhöfen Genf und Lausanne durch pro-palästinensische Demonstrationen blockiert waren. – Wer hat diese Demonstrationen organisiert? Haben Personen mit einem politischen Amt daran teilgenommen? – Wurde gegen die Organisatorinnen und Organisatoren und die identifizierten Demonstrierenden eine Strafverfolgung eingeleitet oder ist dies vorgesehen? – Hat die SBB nicht die Pflicht, diese Officialdelikte anzuzeigen?
25.7472	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggini. Grenzwerte für Lärm	In einem Ende 2021 veröffentlichten Bericht empfahl die Eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung, die Grenzwerte für Strassen-, Eisenbahn- und Fluglärm zu aktualisieren und zu verschärfen. Diese Empfehlungen werden seitdem vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation geprüft, insbesondere anhand einer volkswirtschaftlichen Beurteilung und einer Vernehmlassung bei verschiedenen Interessengruppen. Wann kann mit einem Entscheid über eine eventuelle Anpassung der Grenzwerte gerechnet werden?

25.7478	DE FR IT	Fra. Pult. Treibstoffart und Vorrat für Reservekraftwerke	Für wie viele Tage Reservekraftwerksbetrieb müssen die vom UVEK beauftragten Unternehmen e-Methanol respektive HVO vor Ort lagern, wieviel andernorts lagern und welche fossilen Energieträger könnten genutzt werden, falls diese Lager an erneuerbaren Treibstoffen aufgebraucht sind?
25.7479	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Giftige Pyrethroide ohne Grenzwerte: Wird hier die Wissenschaft ausgehebelt oder bleiben die Pyrethroide länger zugelassen?	Auf meine Frage 25.7262 schreibt der Bundesrat: Von der Regelung, "welche zur Überprüfung der Zulassung von Wirkstoffen mit wiederholten und verbreiteten Überschreitungen von ökotoxikologischen Grenzwerten in Oberflächengewässern führen" seinen nur Stoffe mit festgelegten Grenzwerten betroffen. Für mehrere Pyrethroide gilt dies nicht! Sie tragen zu den Defiziten in Fließgewässern jedoch massgeblich bei (25.3380): Wird hier die Wissenschaft ausgehebelt oder werden Pyrethroide länger zugelassen?
25.7480	DE FR IT	Fra. Baumann. Kugelfangsanierungen: Evaluation zu Prüf- und Sanierungswerten für Schadstoffe im Waldboden	Auf meine Frage 23.7213 zu den Prüf- und Sanierungswerten für Blei im Waldboden antwortet der Bundesrat, dass ihm die Vollzugsprobleme der Kantone bei Kugelfangsanierungen bekannt sind und dass der Bund evaluiert, ob die Festlegung von Prüf- und Sanierungswerten für Schadstoffe im Waldboden sinnvoll ist. Ist diese Evaluation abgeschlossen und wenn ja, was sind die Ergebnisse?
25.7483	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Kürzungen der internationalen Biodiversitätsfinanzierung des Bundes - welche Projekte trifft es?	In der Antwort zu meiner Interpellation 25.3337, schreibt der Bundesrat: "werden sich die vom Parlament bereits beschlossenen Kürzungen des IZA-Budgets voraussichtlich auch auf die Finanzierung der Biodiversität auswirken". - Inwiefern? - Welche Projekte sind betroffen? Oder wann sind die Auswirkungen bekannt? - Der Bundesrat schreibt zudem, das EP 27 könnte sich negativ auf die Biodiversitätsfinanzierung auswirken? Inwiefern? - Welche Projekte wären betroffen? Oder wann sind die Auswirkungen bekannt?
25.7484	DE FR IT	Fra. Sollberger. Stand Rheintunnel	Durch die Sanierung der A2 bei Basel ist der Stau massiv. Der BL-Baudirektor stellte der Öffentlichkeit eine Korridorstudie in Aussicht. - Ist der Bundesrat der Meinung, dass es eine erneute Vorstudie braucht, um den Korridor festzulegen oder ist es nur um ein Spiel auf Zeit? - Welche anderen Möglichkeiten verfolgt das ASTRA, um die A2 zu entlasten? - Wird ein zukünftiges Projekt zur Rheinquerung aufgrund des internationalen Güter- und Personenverkehrs und dessen Bedeutung für die Schweiz priorisiert?

25.7490	DE FR IT	Fra. Bühler. Welche Kosten haben die Pro-Hamas-Aktivistinnen und -Aktivisten am 9. Juni verursacht?	Am Montag, 9. Juni, drangen pro-palästinensische Aktivistinnen und Aktivisten – angeblich spontan – in mehrere Bahnhöfe ein (Lausanne, Genf usw.). Dadurch wurde der Bahnverkehr massiv gestört. 1. Welche Kosten sind der SBB deswegen entstanden? 2. Müssen die Organisatorinnen und Organisatoren der SBB Entschädigungen zahlen? 3. Mit welchen Strafen müssen die Personen rechnen, die die Gleise besetzt haben? 4. Wer ist für die strafrechtliche Verfolgung dieser Aktivistinnen und Aktivisten zuständig?
25.7491	DE FR IT	Fra. Schlatter. TFA im Grundwasser: Woher?	Der Bundesrat beschreibt auf meine Frage 24.7919 diverse Wege von TFA ins Grundwasser. Ist dem Bundesrat bekannt, welcher Anteil des Eintrags durch den Einsatz von Pestiziden (inkl. Verdampfung und anschliessendem Niederschlag) erfolgt und welcher Anteil über welche andere Wege?
25.7498	DE FR IT	Fra. Paganini. Planungs- und Erstellungskosten der Reservekraftwerke	Ich bitte den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: - Wie teuer werden die vier neuen Reservekraftwerke, welche vom UVEK in Auftrag gegeben wurden? - Wer trägt die Planungs- und Bewilligungskosten, falls die Reservekraftwerke nicht gebaut werden könnten?
25.7507	DE FR IT	Fra. Knutti. Mehr Flexibilität bei RPG2	Bei der RPG2-Revision sollen alle Kantone im Artikel 25 Abs. 3 und 4 verpflichtet werden, Rückbauten zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands anzuordnen. Dies wird die Gemeindeautonomie erheblich einschränken. 1. Wie viele Kantone müssen nach der Einführung von RPG2 Rückbauten zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands anordnen und umsetzen? 2. Ist der Bundesrat bereit, die Möglichkeit beizubehalten, die Rückbaupflicht bei den Gemeinden zu belassen, um die Autonomie zu wahren?
25.7509	DE FR IT	Fra. Grossen Jürg. Nicht unter Verschluss halten! Die vom BFE bestellte und bezahlte Studie zur Elektromobilität soll veröffentlicht und in den zuständigen Kommissionen traktandiert werden.	Laut dem Magazin Republik wurde kürzlich eine vom BFE bestellte Studie zur Elektromobilität abgeschlossen und aus unbekannten Gründen bisher nicht veröffentlicht. - Ist dieser Sachverhalt korrekt? - Weshalb soll diese Studie nicht veröffentlicht werden? - Ist der Bundesrat bereit, diese zu veröffentlichen und in den zuständigen Kommissionen zur Beratung vorzuschlagen?
25.7517	DE FR IT	Fra. Jost. Welche nächsten Schritte unternimmt der Bundesrat im Bereich der Lebensmittelverluste?	Agroscope-ForscherInnen haben jene Massnahmen zusammengetragen, welche Foodwaste auf der Konsumebene (ein Drittel des gesamten Foodwaste), am effektivsten verringern. Wirksame Interventionen können nun besser identifiziert und umgesetzt werden. - Wie geht der Bundesrat vor, um diese Interventionen umzusetzen? - Bis wann will er das tun? - Erstellt Agroscope auch eine Studie betreffend die wirksamsten Methoden zur Reduktion der übrigen zwei Drittel Foodwaste? - Wenn ja, bis wann? Wenn nein, warum?

25.7518	DE FR IT	Fra. Marchesi. Projekt «Rete Tram-Treno del Luganese»: Weiterhin finanzielle Unterstützung durch den Bund?	Für das Projekt «Rete Tram-Treno del Luganese» wurde ein Kredit in der Höhe von 490 Millionen Franken genehmigt. Darin ist die finanzielle Unterstützung des Bundes enthalten. Nach den jüngsten Anpassungen belaufen sich die Gesamtkosten des Projekts nun auf über 720 Millionen Franken. Kann der Bundesrat bestätigen, dass die Unterstützung des Projekts durch den Bund trotz dieser erheblichen Kostensteigerung weiterhin gesichert ist und dass bei den eidgenössischen Räten keine zusätzlichen Kredite beantragt werden müssen?
25.7521	DE FR IT	Fra. Molina. Durchsetzung der EU-Fluggast- rechteverordnung durch das BAZL	Die EU-Fluggastrechteverordnung gilt auch in der Schweiz und schützt Fluggäste bei Flugannullierungen, Verspätungen und Überbuchungen. - Wie oft wurden Schweizer Fluggesellschaften in den letzten fünf Jahren durch das BAZL gebüsst? - Warum sanktioniert das BAZL die SWISS nur mit 1000 Fr. pro Busse? - Wären höhere Bussen nicht möglich und wirkungsvoller, wenn Passagierrechte verletzt werden?
25.7522	DE FR IT	Fra. Theiler. Nicht publizierte E-Mobilitäts- studie des BFE - Steuergelder für die Schublade?	Gemäss einer Recherche der "Republik" vom 11. Juni, hat das BFE eine Studie zur E-Mobilität bestellt. - Stimmen die Angaben im Artikel, dass die Studie unter Verschluss gehalten werden sollte? - Stimmt es, dass die Studie mindestens CHF 118 000 kostete? - Oder kostete sie gar mehr? - Wie ist die Nicht-Veröffentlichung der Studie mit der Roadmap zur E-Mobilität des Bundesrates vereinbar? - Stimmt es, dass Bundesrat Rösli erst aufgrund der Recherche-Arbeiten über die Existenz der Studie informiert wurde?
25.7525	DE FR IT	Fra. Jauslin. Wie wirken sich die Streichun- gen von Finanzmittel auf die Land-, Forst und Bauwirtschaft in den Randregionen aus?	Auf meine Frage 25.7370 antwortet der BR, die im Rahmen eines Gegenvorschlages zur Biodiversitätsinitiative vorgesehenen Mittel wären in Randregionen geflossen. Diese Mittel hätten Sanierungen und Unterhalt von Schutzgebieten durch die Land- und Bauwirtschaft ermöglicht. Nachdem die Gelder nun nicht fliessen, sollen auch bewährte Mittel gestrichen werden (25.3700): - Wie wirkt sich das auf das Einkommen der Land-, Forst- und Bauwirtschaft in Randregionen aus? - Wie auf den Zustand der Schutzgebiete?

25.7528	DE FR IT	Fra. Glättli. Wann wird das von den Stimmberechtigten deutlich angenommene Klima- und Innovationsgesetz (KIG) endlich umgesetzt?	Der Bundesrat beantragt Annahme der Motion 25.3426, die eine raschere Umsetzung von Artikel 10 des KIG fordert. Zur Erinnerung: Artikel 10 KIG fordert seinerseits das <i>raschere</i> Vorgehen des Bundes mit Netto Null 2040! Die Eröffnung der Vernehmlassung zu ebendiesem Artikel wurde massiv verzögert und sollte erst Mitte 2025 stattfinden (24.7420). Sie liegt aber noch nicht vor. Wird der Zeitplan eingehalten und die Vernehmlassung vor den Sommerferien eröffnet oder verzögert das der Bundesrat erneut?
25.7529	DE FR IT	Fra. Theiler. Wieviel Geld zahlt der Bund an die linke E-Mobilitätsstudie «E-Bike-City»?	Das Bundesamt für Energie (BFE) hat eine Studie der ETH-Zürich zu einer interessant anmutenden «E-Bike-City» finanziell unterstützt. - Mit welchem Betrag wurde diese Studie direkt oder indirekt von Bundesmitteln finanziert? - Inwiefern sind die Resultate mit der vom selben Institut der ETH geleiteten Verkehr'45 des UVEK vereinbar? - Was sind die wirtschaftlichen Auswirkungen einer «E-Bike City» für die Städte und das Umland? - Ist die Studie nicht in einer offiziellen Landessprache erhältlich?
25.7532	DE FR IT	Fra. Roth Pasquier. Aufkleber auf unseren Früchten. Auch in unseren Böden?	Die Plastiketiketten auf Früchten und Gemüse sind für die Kompostierung ein reales Problem, insbesondere in industriellen Anlagen, wo sie nicht abgebaut werden und den Kompost mit Mikroplastik verunreinigen. Mehrere Ländern erwägen, die Etiketten zu verbieten oder durch kompostierbare Alternativen oder Lasermarkierungen zu ersetzen. Erwägt der Bundesrat ein Verbot von nicht kompostierbaren Etiketten oder die Einführung nachhaltiger Lösungen?
25.7538	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Wenn die Post Werbung und Konsum fördert!	Die Post verschickt personalisierte Briefe, in denen sie dazu auffordert, einen Aufkleber auf dem Briefkasten anzubringen, der Werbung zulässt; dafür werden täglich «Geschenke» angeboten. Es handelt sich dabei um Produktwerbung oder verschiedene Muster. - Ist es in einer Zeit, in der man sich um Umweltschutz und weniger Werbung bemüht, die Aufgabe der Post, im Gegensatz dazu die Förderung eines ungezügelter Konsums zu unterstützen? - Wie beurteilt dies der Bundesrat?
25.7549	DE FR IT	Fra. Töngi. Wann werden Biodiversitäts- und Bodenstrategie in den UVP von ASTRA und BAV berücksichtigt?	Die Massnahme 7 des Berichts von ASTRA und BAV an die KVF-N (2021), zum Einbezug der Biodiversitäts- und Bodenstrategie in den Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) im Verkehrsbereich, ist laut einem <u>Bericht des BAFU</u> (2025) teilweise umgesetzt. Das weitere Vorgehen sei «in Diskussion». - Was bedeutet das konkret? - Bis wann wird die Massnahme vollständig umgesetzt sein? - Welche weiteren Ämter planen, diese Strategien in ihren UVP zu integrieren und bis wann? - Welche planen das nicht und warum?

25.7560	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Rechtlicher Rahmen und Risiken der Antennen für das Satelliten-netzwerk Starlink	SpaceX hat beim Bundesamt für Kommunikation ein Gesuch um eine Funkkonzession eingereicht, damit es in Leuk 40 Antennen für sein Satellitennetzwerk Starlink errichten kann. - Welche Vorschriften gelten für die Frequenzen von Gateways zu Satelliten im Orbit? - Was sind die Risiken für die Gesundheit und die Umwelt? - Wie gross ist der Energieverbrauch und die Treibhausgasbilanz dieser Technologie im Vergleich zu anderen Arten des Internetzugangs?
25.7567	DE FR IT	Fra. Schaffner. Rückerstattung der Mineralölsteuer: wie wird dem Verursacherprinzip Rechnung getragen?	In seiner Stellungnahme zur Mo. 24.3786 schreibt der Bundesrat: «Dem Verursacherprinzip wird heute insoweit Rechnung getragen, als Beiträge an Umweltschutzmassnahmen aus Mineralölsteuereinnahmen finanziert werden». Trotzdem empfiehlt er die Mo. 24.3776 über die Aufhebung der Mineralölsteuer-Rückerstattung zur Ablehnung. Wie wird in diesem Fall dem Verursacherprinzip Rechnung getragen, wenn ein Teil der Steuer, die dies bewirken soll, den Verursachern zurückerstattet wird?
25.7569	DE FR IT	Fra. Trede. PFAS-Stoffe in Produkten verbieten, in denen sich diese leicht ersetzen lassen?	In einem Artikel bei tamedia, vom 11. Juni 2025 steht zu lesen: «Ab 1. November 2026 sollen auch in der Schweiz PFAS-Stoffe verboten sein in Produkten, in denen sich diese leicht ersetzen lassen.» - Kann der Bundesrat diese Aussage bestätigen und wenn ja, weiter konkretisieren? - Wenn nein, was ist sein Fahrplan zum Ersatz von solchen leicht ersetzbaren PFAS-Stoffen?
25.7573	DE FR IT	Fra. Aeschi. SRG-Kooperationsvertrag offen legen	Ist der Bundesrat ebenfalls der Meinung, dass der Kooperationsvertrag, den die SRG.SSR mit dem Verlegerverband abgeschlossen hat, aus Transparenzgründen offen gelegt werden soll?
25.7577	DE FR IT	Fra. Tuena. Investitionen mit Steuergeld für unnötige SBB-Cargo-Terminals	Die Antwort des Bundesrats zu Geschäft 25.7448 ist ungenügend, sie ignoriert die erfolgte Aufsichtspflichtverletzung des BAV bei den Investitionen mit Steuergeld für unnötige SBB-Cargo-Terminals. Darum hier eine Nachfrage: Wie hoch sind die in den letzten zehn Jahren erfolgten Bundesinvestitionen?
25.7578	DE FR IT	Fra. Tuena. Ausschreibepflicht der von der SBB nicht mehr betriebenen KV-Terminals	Die Antwort des Bundesrats zu Geschäft 25.7449 ist ungenügend, sie bezieht sich ausdrücklich auf die offenbar «überwiegenden Freiverladeanlagen» und sagt nichts zur Ausschreibepflicht für den allfälligen Verkauf der von der SBB nicht mehr betriebenen KV-Terminals. Darum hier eine Nachfrage: Welche dieser KV-Terminals sind nicht «Freiverladeanlagen» und müssen ausgeschrieben werden?

Justiz- und Polizeidepartement

25.7453	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Hamas-Verbot in Kraft – fällt Samidoun darunter?	In der Fragestunde vom 11. Dezember 2023 erkundigte ich mich nach der Ausbreitung des antisemitischen Netzwerks Samidoun in der Schweiz. Der Bundesrat erklärte damals, es sei noch offen, wie weit der Kreis der vom geplanten Hamas-Verbot betroffenen Organisationen gezogen werde. Das Verbot der Hamas und ihr nahestehender Organisationen ist seit dem 15. Mai 2025 in Kraft. Welche Organisationen sind bislang vom Verbot erfasst – und gehört das extremistische und antisemitische Netzwerk Samidoun dazu?
25.7454	DE FR IT	Fra. Andrey. Überidentifikation mit der e-ID beim online-Einkaufen	Mit der neuen e-ID kann anonym ein Mindestalter nachgewiesen werden. - Sorgt das neue e-ID-Gesetz dafür, dass ein Online-Shop beim AlkoholkauF zwar das Alter prüfen darf, aber nicht den amtlich bestätigten Namen erhalten muss – selbst wenn der Shop eine Lieferadresse mit Empfängerin verlangt? - Ist es also weiterhin möglich, dass man als Besteller zum Beispiel nur den Ledignamen oder sogar einen anderen Namen angeben kann – unabhängig vom Altersnachweis?
25.7457	DE FR IT	Fra. Kamerzin. Personenfreizügigkeit mit dem Vereinigten Königreich	Seit 2021 wird das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht mehr auf das Vereinigte Königreich angewendet. Nach dem Brexit möchte die Schweiz ihre Beziehungen zu diesem wichtigen Wirtschaftspartner wahren oder gar stärken, vor allem im Handel und im Tourismus (5 % der Übernachtungen). Insbesondere soll für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs in Bezug auf das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland dieselbe Regelung gelten wie für EU/EFTA-Staatsangehörige. Plant der Bundesrat, mit dem Vereinigten Königreich über eine Ausweitung des Personenfreizügigkeitsabkommens zu verhandeln?
25.7463	DE FR IT	Fra. Graber. Gescheiterte Ausschaffung nach Afghanistan – was macht der Bundesrat?	Letzte Woche ist die Ausschaffung eines afghanischen Straftäters am Flughafen von Kabul gescheitert und der Afghane wurde zurück in die Schweiz gebracht. Die Schweiz bezahlt Afghanistan allein im Jahr 2025 rund 25 Millionen Franken an Entwicklungshilfe. - Was unternimmt der Bundesrat, um diesen Straftäter nach Afghanistan auszuschaffen? - Ist der Bundesrat bereit, die Entwicklungshilfe an Afghanistan einzustellen, bis wieder sämtliche rechtskräftig verurteilten Straftäter zurückgeführt werden können?

25.7488	DE FR IT	Fra. Bühler. Ausschaffung nach Kabul ge- scheitert	Gemäss einem am Sonntag erschienenen Artikel verweigerten die Taliban die Rückübernahme eines afghanischen Staatsangehörigen, der vom Staatssekretariat für Migration weggewiesen wurde. 1. Aus welchen Gründen wurde er in Kabul abge- wiesen? Hatte er ein gültiges Laissez-passer? Wenn nein, warum wurde er dann abgewiesen? 2. Ist er ohne Polizeibegleitung aus Kabul zurück- gekehrt? Wenn ja, war er als Krimineller eine potenzielle Gefahr für die andere Passagiere? 3. Hat das Eidgenössische Departement für aus- wärtige Angelegenheiten gegen diese Verweigerung der Rückübernahme protestiert?
25.7495	DE FR IT	Fra. Dettling. Ausschaffung gescheitert, schlechte Vorbereitung!	Eine teure Ausschaffung eines Straftäters nach Afghanistan ist kläglich gescheitert. Die Taliban haben ihren Landsmann nicht zurückgenommen. - Wie konnte das passieren? - Warum hat das SEM nicht vorher sichergestellt, dass der Straftäter in Afghanistan bleiben muss? - Was hat die ganze Aktion den Steuerzahler gekostet? - Wer hat diese ganze Aktion auf schweizerischer Seite koordiniert? - Was passiert nun mit den restlichen 20 Auszuschaf- fenden die nach Afghanistan ausgeschafft werden müssen?
25.7467	DE FR IT	Fra. Feller. Postauto-Affäre: Was tun, damit nicht mehr die Falschen für die Verfahrensleitung ausgewählt werden?	Die erste Untersuchung, die vom Bundesamt für Polizei in der Postauto-Affäre durchgeführt wurde, wurde von den Gerichten als nichtig erklärt, da zwei Personen ausserhalb der Bundesverwaltung damit betraut worden waren. Auch die zweite Untersuchung wurde als nichtig erklärt, weil sie von zwei ehemaligen Mitarbeitern der Eidgenössischen Steuerverwaltung durchgeführt wurde. Wie kann sichergestellt werden, dass: - über die Beschuldigten noch vor Ablauf der Verjäh- rungsfristen geurteilt wird? - das Bundesamt für Polizei nicht mehr die Falschen für die Verfahrensleitung auswählt?
25.7470	DE FR IT	Fra. de Quattro. Muslimbruderschaft: Was macht die Schweiz?	Ein von der Macron-Regierung in Auftrag gegebener Bericht zeigt den zunehmenden Einfluss auf, den die Muslimbruderschaft in Frankreich hat. 7 Prozent der 2800 islamischen Gebetsstätten haben Verbin- dungen zu dieser Bewegung. Die Muslimbruder- schaft hat auch in mehrere Schlüsselbereiche der französischen Gesellschaft investiert, z. B. die Bildung, das Sozialwesen oder die theologische Ausbildung. Dieser Entrismus stellt gemäss den französischen Behörden eine Gefahr für den natio- nalen Zusammenhalt dar. Welche Massnahmen trifft die Schweiz, damit sich unser Land nicht irgendwann in der gleichen Situa- tion wiederfindet?

25.7471	DE FR IT	Fra. de Quattro. Asylwesen: Umgehung der Rückführungspolitik	Ein Pilot einer Fluggesellschaft weigerte sich, einen burundischen Asylsuchenden, der die Schweiz verlassen musste, an Bord zu nehmen. Dieser Zwischenfall wirft Fragen zur Umsetzbarkeit unserer Rückführungspolitik auf, insbesondere wenn private Akteurinnen und Akteure in Eigenregie Entscheiden des Bundes umgehen. Welche Fluggesellschaften haben sich geweigert, abgewiesene Asylsuchende an Bord zu nehmen, und wer übernimmt die Kosten für die Sonderflüge, die wegen solcher Weigerungen organisiert werden müssen?
25.7474	DE FR IT	Fra. Steinemann. Geld vom Bund – aber keine Kontrolle der Inhalte?	Unter dem Titel Extremismusprävention hat das Fedpol einen Lehrplan mit 23'500 Fr. finanziert, der ein in Teilen fundamentalistisches Islamverständnis vermittelt und reformistische und liberale Strömungen völlig ausblendet. Man staunt über die Aussage des Fedpol, es habe die Beurteilung der Inhalte den Fachleuten vor Ort überlassen. Bei diesen handelt es sich u. a. um zwei Vertreter der türkischen Religionsbehörde. Der Chef derselben ist ein Muslimbruder. Ist das Naivität oder Fahrlässigkeit?
25.7503	DE FR IT	Fra. Strupler. Anzahl Ausbürgerungen	Wie viele Ausbürgerungen wurden in den letzten 25 Jahren in der Schweiz vollzogen?
25.7508	DE FR IT	Fra. Arslan. Algorithmenbasierte Entscheidungssysteme in der Polizeiarbeit	Die Kantone nutzen in der Polizeiarbeit algorithmenbasierte Entscheidungssysteme, um Prognosen zu erstellen über wahrscheinliche Vorfälle, die eine Intervention erforderlich machen könnten. Statistische Prognosen sind mit Fehlerraten verbunden, wodurch diskriminierende Ungleichheiten reproduziert oder verstärkt werden können. Gibt es von Seiten der Bundesverwaltung Massnahmen, um die von den Kantonen eingesetzten algorithmenbasierten Entscheidungssysteme auf Diskriminierung zu untersuchen?
25.7533	DE FR IT	Fra. Steinemann. Erwerbsquoten von Migrantinnengruppen	Eine Studie von Koopmans weist nach, dass in Deutschland bei bestimmten Nationalitäten weniger als 10% der Frauen sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind und führt als Begründung kulturelle Prägungen an. - Wie ist es in der Schweiz? - Bei welchen Gruppen sind die Frauen besonders schlecht in der Arbeitswelt verankert? - Welche zehn Nationalitäten weisen die tiefsten weiblichen Erwerbsquoten auf? - Wie ist der Vergleich mit Schweizerinnen und EU-Ausländerinnen?
25.7540	DE FR IT	Fra. Steinemann. Erwerbsquoten bei Personen, die via Familiennachzug in die Schweiz kamen	Eine Studie in Österreich zeigt, dass bloss 4 von 10 nachgezogenen jungen Männern erwerbstätig sind, bei den Frauen sind es gar nur 20%. Ein anerkanntes Ziel ist es, das „inländische Arbeitskräftepotential“ besser auszuschöpfen, was sich auch auf den Familiennachzug bezieht. Das bedingt jedoch, dass die massgebenden Zahlen dazu bekannt sind. Wie hoch ist der Anteil der Erwerbstätigen unter den Personen des Familiennachzuges?

25.7536	DE FR IT	Fra. Glättli. Asyl oder vorläufige Aufnahme für Wehrpflichtige aus Russland, die sich weigern, am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine teilzunehmen	Die Schweiz verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine klar. Flüchtlingen aus der Ukraine gibt sie kollektiven Schutz (Status S). Ebenso wichtig ist es, dass russische Deserteure/Kriegsdienstverweigerer mindestens temporären Schutz erhalten. - Teilt der Bundesrat diese Haltung? Wenn nein, warum nicht? - Wie viele Menschen suchten seit 2022 als Deserteure/Dienstverweigerer hier Schutz? - Wie vielen wurde Schutz gewährt? - Gab resp. gibt es Zwangsausschaffungen nach Russland?
25.7537	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Eine halbe Million Asylsuchende seit dem Jahr 2000: Wie viele davon halten sich noch in der Schweiz auf?	Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz 505'598 Asylgesuche gestellt. - Wie vielen dieser Personen wurde Asyl gewährt? - Wie viele Familiennachzüge wurden daraus abgeleitet? - Wie viele dieser Personen halten sich heute legal in der Schweiz auf (nach Status oder Einbürgerung)? Wie viele dieser Personen sind kontrolliert aus der Schweiz ausgereist? - Was ist zum Verbleib der übrigen Personen bekannt?
25.7539	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Deutsche Sicherheitslücken führen zur Aufnahme von Islamisten, Scharia-Richtern und Taliban: Ist auch die Schweiz davon betroffen?	In Deutschland bestehen offenbar massive Sicherheitslücken bei der Aufnahme von Afghanen. NGOs sollen ihnen gefälschte Dokumente verschafft und sie zu Falschangaben angestiftet haben. Statt zu kontrollieren, hätten die Behörden Beihilfe geleistet. Dadurch seien Islamisten, Taliban und Scharia-Richter eingeflogen worden (Spiegel/FDP 27./28.05.2025). - Ist auch die Schweiz davon betroffen? - Wie stellt der BR sicher, dass solche Afghanen nicht in die Schweiz einreisen und unsere Sicherheit gefährden?
25.7542	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Wie viele russische und ukrainische Dienstverweigerer halten sich derzeit in der Schweiz auf?	Der russische Dienstverweigerer Vasily Naryshkin bemüht sich (mit intensiver medialer Begleitung) um Asyl in der Schweiz. Sein Handeln scheint von «AsyLex» gelenkt zu sein. Die Organisation hat u.a. die Präsidentin der Grünen, die Fraktionschefin der SP und den ehemaligen BDP-Präsidenten Martin Landolt im «Committee». Wie viele Dienstverweigerer aus Russland und der Ukraine halten sich derzeit unter welchen Titeln/Status/Vorwänden (Schutzstatus S, vorläufige Aufnahme, etc.) in der Schweiz auf?
25.7553	DE FR IT	Fra. Sormanni. Braucht es für einen besseren Schutz der Bevölkerung ein nationales Register der sektenartigen Bewegungen?	Mehrere europäische Länder haben Scientology offiziell als Sekte eingestuft und Massnahmen ergriffen. Die Schweiz hingegen verfügt über keine offizielle Datenbank, in der sektenartige Bewegungen erfasst werden. Beabsichtigt der Bundesrat, ein nationales Register oder ein Referenzsystem zur Identifizierung sektenartiger Bewegungen zu errichten, damit lokale Behörden besser informiert, die Prävention gestärkt und gefährdete Bevölkerungsgruppen besser geschützt werden können?

25.7562	DE FR IT	Fra. Glättli. Schweizer Finanzierung menschenrechtswidriger Flüchtlingslager für Kinder auf Samos: Was tut der Bund?	Die REPUBLIK & WAV berichteten über ein Lager für minderjährige Geflüchtete auf Samos, das von der CH mitfinanziert wird. Der EGMR kritisierte viermal die menschenrechtswidrigen Bedingungen. - Welche Mittel nutzte der Bundesrat zur Verbesserung der Zustände? - Ist er bereit, rechtlich gegen die Verantwortlichen vorzugehen? - Erneuert er die Finanzierung? Zu welchen Konditionen? - Überprüft er regelmässig die Umsetzung von Verbesserungen? - Stellt er humanitäre Visa für die 45 Kinder aus (EGMR Urteil 19.5.25)?
25.7570	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands: Arbeitsstunden und Kosten?	Seit 2004 hat die EU der Schweiz gemäss Bundesrat 496 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert. Im gleichen Zeitraum wurden 6 Weiterentwicklungen des Dublin-/Eurodac-Besitzstands notifiziert. Die Übernahme der Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-/Eurodac-Besitzstands erforderte bis Januar 2023 61 Gesetzesänderungen und 78 Verordnungsänderungen. Wie viele Arbeitsstunden, Vollzeitstellen und Kosten wurden von der Bundesverwaltung dafür aufgewendet?
25.7572	DE FR IT	Fra. Aeschi. EU-Unterwerfungsvertrag: Bleibt Pflicht zu Gesuch um Anerkennung als Selbständigerwerbender bestehen?	Heute müssen sich selbständigerwerbende Staatsangehörige der EU/EFTA innerhalb von 14 Tagen nach ihrer Ankunft bei der Wohngemeinde anmelden und eine Aufenthaltserlaubnis beantragen. - Müssen Selbständigerwerbende mit dem EU-Unterwerfungsvertrag weiterhin einer «existenzsichernden Arbeit» nachgehen und benötigen Sie weiterhin die Zustimmung der Schweizer Behörden um in der Schweiz ihre Arbeitstätigkeit aufzunehmen? - Wo finden sich im EU-Unterwerfungsvertrag diese Bestimmungen?
25.7574	DE FR IT	Fra. Aeschi. EU-Unterwerfungsvertrag: Veröffentlichung Bericht von alt Staatssekretär Gattiker	Alt Staatssekretär Gattiker hat ein Konzept mit 17 Handlungsoptionen z.H. des Bundesrates betr. «Abbau von Reibungsflächen mit der EU» erstellt. Ist der Bundesrat bereit, den Bericht von alt Staatssekretär Gattiker aus Transparenzgründen zu veröffentlichen?
25.7575	DE FR IT	Fra. Aeschi. E U-Unterwerfungsvertrag: «Schwere wirtschaftliche oder soziale Probleme» müssen als Folge der Zuwanderung aus den EU/EFTA-Staaten nachgewiesen werden – in der Praxis wird dieser Nachweis nicht erbracht werden können	SP-BR Jans hat ausgeführt, dass gemäss seinem Konzept der Schutzklausel die Grenzwerte in vier Jahren seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit per 01.06.2002 überschritten worden wären. Gemäss EU-Unterwerfungsvertrag muss die Schweiz nachweisen, dass die EU/EFTA-Zuwanderung der Grund für «schwere wirtschaftliche oder soziale Probleme» in der Schweiz sei. Kann der Bundesrat belegen, dass die EU/EFTA-Zuwanderung in diesen vier Jahren der Grund für die Überschreitung der Grenzwerte gewesen war?

25.7576	DE FR IT	Fra. Aeschi. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 30 im zweiten Quartal 2025	Nachdem die Ausschaffungs-Initiative (09.060) am 28. November 2010 durch Volk und Stände angenommen wurde, dauerte es 14 (!) Jahre, bis der Bundesrat am 26. November 2024 erste Zahlen zu den Wegweisungen und Landesverweisungen bekannt geben konnte (Link). Zahlreiche Zahlen bleiben noch unter Verschluss (siehe 2. und 3. Frage unter 24.7938). Ist der Bundesrat bereit, eine monatliche Publikation der Zahlen - analog zu den BAZG-Zahlen zur «Irregulären Migration» - zu prüfen?
---------	--	---	--
